Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Gewürze
Beste Kindernahrung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstrasse, Fernspr.-A. II, 2100. Mehrjährige Garantie. 8 Mal prämiirt, 80,000 Stück in Function. Kostenfreie Probe.
Geräuschlose Thürschliesser. Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Sächs. Hoflieferant, Dresden-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben, Fabrik: Flachhofplatz.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 86, Tel. 319.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz Hoflieferant 6 Altmarkt 6 Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16, gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 82. Spiegel: Ablehnung der Flottenforderungen. Hofnachrichten. Kaiser-Feier. Sozialer Beruf des Adels. Gerichtsverhandlungen. Fest-Vorstellung. Orgelweihe. Residenztheater. | Muthmaßliche Witterung: Günstigere Wetterlage. | Dienstag, 23. März.

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1897

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postaufschlage.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Tagesstunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Noch vor Anfang des neuen Vierteljahres beginnen wir in der Belletristischen Beilage mit dem Abdruck des Romans

„Der Büttnerbauer"

von

Wilhelm von Polenz.

Ueber diesen, „dem deutschen Nährstande gewidmeten" Roman lassen wir hier folgende **Urtheile der Presse** folgen:

Kunstwart: Das vorliegende Buch bringt nicht allein das beste Werk Wilhelms von Polenz, sondern einen der besten Romane der modernen deutschen Literatur überhaupt.

Universum: Die große Frage der Agrarbewegung, das unaufhaltsame Sinken, schuldlose Verkommen des guten alten Bauernstandes bis zur fast völligen moralischen Verrottung seiner jüngsten Generation, das ist es, was uns der Verfasser in einer erbarmungslos wahrheitsgemäßen Schilderung mit fast dramatischer Kunst vor Augen führt. Jeden denkenden Staatsbürger muß das Buch ergreifen und erschüttern, mit einem tiefen Ingrimm erfüllen, daß es so weit kommen durfte und mußte. W. v. Polenz tritt mit diesem Werke einen Riesenschritt heraus aus der Masse moderner Schriftsteller. Man möchte sagen, das Buch gehört auf den Arbeitstisch der Männer und nicht in den Salon. Nur mit vollster Hochachtung für des Verfassers künstlerisches Streben und Können wird man das Buch aus der Hand legen.

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung: Ein Roman „dem deutschen Nährstande gewidmet". Er schildert in dem alten Büttnerbauern den tragischen Untergang des deutschen Bauernstandes, in den Büttnerschen Söhnen und Töchtern die Proletarisirung der bäuerlichen Nachkommenschaft. Die große Noth der Zeit schaut mit verzweifeltem Blicke aus diesen Lebensschicksalen und Gestalten, die der Verfasser wie kein anderer lebender Dichter kennt, begreift und darstellt. Ich wüßte diesem Romane nur Gustav Freitag's „Soll und Haben" zu vergleichen.

Die am 1. April **neu hinzutretenden Leser** erhalten nach Einsendung des Empfangscheines für die Bezugsgebühr an die Geschäftsstelle in Dresden die Belletristischen Beilagen, in denen bis zum 1. April der Anfang des obengenannten Romans zum Abdruck gelangt sein wird, **kostenfrei** zugesendet.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Das Schiller'sche Wort: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte", findet auf den dritten Kanzler des Deutschen Reichs keine Anwendung. Wohl von keiner Seite wird dem Fürsten Hohenlohe die Anerkennung seiner vornehmen, milden, versöhnlichen, von den lautersten Beweggründen getragenen Gesinnung versagt werden; und auch vom streng nationalen Standpunkte wird ihm rückhaltlos das Lob gezollt werden müssen, daß er nach Maßgabe seiner Kräfte bestrebt gewesen ist, dem vaterländischen Gedanken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Rechnung zu tragen. Aber nicht sowohl die gute Absicht als der Erfolg bestimmt das Urtheil der Geschichte. Eine Regierung, die sich nicht die Kraft zutraut, das, was sie als ihre Pflicht erkannt hat und als eine nationale Nothwendigkeit bezeichnet, durchzusetzen, hat keinen Anspruch auf Existenzberechtigung, weder in einem Staate mit monarchischem noch in einem solchen mit rein parlamentarischem Regierungssystem. Mit der Ablehnung der Marineforderungen, die auch für die bevorstehende dritte Lesung unabwendbar geworden ist, scheint das Schicksal der Reichskanzlerschaft Hohenlohe besiegelt. Der Staatssekretär v. Marschall erklärte, daß er die Verweigerung der Marineforderungen für sachlich nicht begründet und für unseren Interessen schädlich erachte; daß man aber diese Schädigung unserer Interessen nicht ruhig hinnehmen könne, darüber verlautete kein Wort, vielmehr kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der gegenwärtige Reichskanzler und die bei dem Marine-Etat in erster Linie betheiligten Räthe weder die Fähigkeit noch den Willen besitzen, den Widerstand des Reichstags zu brechen, um die drohende Schädigung unserer nationalen Interessen abzuwenden. Wie die Forderungen des Marine-Etats, so war auch seinerzeit die unglückselige Umsturzvorlage als das Mindestmaß dessen charakterisirt worden, was gefordert werden müßte, sodaß man folgerichtig erwarten konnte, Fürst Hohenlohe und seine Mitarbeiter würden sich im Falle der Ablehnung entschließen, alle Hindernisse zu überwinden, um Das zu erreichen, was als ein Gebot der Nothwendigkeit hingestellt worden war. Statt dessen legte man resignirt die Hände in den Schooß und erklärte mit Achselzucken: Non possumus! Der Reichstag will nicht; darum müssen wir darauf verzichten, unsere Pflicht zu erfüllen. Nicht das geringste Anzeichen läßt schließen, daß heute Fürst Hohenlohe auf die Nichtbewilligung der „Schiffe des Kaisers" anders antworten wird, als mit dem Geständniß der Ohnmacht.

Die Regierung kann von dem Vorwurf nicht freigesprochen werden, daß sie zu der Ablehnung der Marineforderungen beigetragen hat. Sie mußte von vornherein mit dem starken Widerstande der antinationalen Reichstagsmehrheit rechnen und daher von Anfang an mit Aufbietung aller Kräfte und mit der nöthigen Entschlossenheit in den Kampf eintreten, sodaß sich die Gegner sofort bewußt werden mußten, man habe es hier mit einer unbeugsamen Energie zu thun, die zum Siege gelangen werde, mögen sich auch noch so große Schwierigkeiten aufthürmen. Auch Herr v. Bennigsen konnte nicht umhin, zu tadeln, daß man es erst in einem vorgeschrittenen Stadium der Vorberathung für erforderlich hielt, über die Forderungen des Marine-Etats vollen Aufschluß zu geben. Statt die Budgetkommission damit in dem Augenblicke zu überraschen, wo man unmittelbar vor der Beschlußfassung stand, hätte man besser gethan, einen Moment in einem früheren Stadium, nämlich gleich bei der Vorlegung des ganzen Etats, zu wählen. Dann, bemerkte der nationalliberale Führer, würde Zeit gewesen sein, im Reichstage, in der Kommission, in der Presse, im Lande in eine nüchterne und sachliche Prüfung einzutreten. Die Regierung hat sich bei der Vertretung des Marine-Etats so schwere taktische Fehler zu Schulden kommen lassen, daß man jetzt nicht einmal an eine Auflösung des Reichstags denken kann. Herr v. Bennigsen meinte mit Recht, es könnte in dem gegenwärtigen Augenblicke nichts Unglücklicheres und Verkehrteres geben, als den Reichstag aufzulösen, da eine bessere Beschließung für die Marineforderungen sicher aus der Wahl nicht hervorgehen würde. Die Sache ist so verfahren, daß die Parteien der demokratischen Reichstagsmehrheit mit einer wirksameren Wahlparole als die Regierung und die nationalen Parteien in die Wahlbewegung eintreten würden; das Triumvirat Lieber-Richter-Bebel würde es verstehen, die herrschende Beunruhigung und Verstimmung zu seinen Gunsten auszubeuten und den Kampf in einer Weise zuzuspitzen, durch die besonders dem monarchischen Interesse schwerer Abbruch gethan werden müßte. Die Führer der antinationalen und internationalen Parteien lassen nicht den geringsten Zweifel, daß sich ihre Opposition vornehmlich direkt gegen den Kaiser richtet, und leider ist heute die Situation eine solche, daß die ultramontane „Germania" nicht ganz Unrecht hat, wenn sie schreibt: „Die wahre und volle Stimmung wird sich aus bekannten Rücksichten nicht in die Oeffentlichkeit wagen, aber gegenwärtig bei einer Reichstagsauflösung in den Stimmzetteln so kenntlich zum Ausdruck kommen, daß dabei — wir glauben nicht zu viel zu sagen — an verschiedenen Stellen ein unheimliches Schaudern erweckt werden würde."

Wie im Reichstage, so würden auch im Lande draußen diesmal die Klagen über die unpatriotische Haltung der Reichstagsmehrheit wirkungslos verhallen, so sehr sie auch begründet sind. Es läßt sich nicht wieder gut machen, was die Regierung durch die unglückliche Art, wie durch sie die Marineforderungen vertreten worden sind, verschuldet hat. Hat doch der Staatssekretär des Auswärtigen bei Beginn der zweiten Lesung des Marine-Etats ausdrücklich betheuert, daß es ihm fern liege, den Gegnern der Flottenverstärkung ein unpatriotisches Motiv unterzulegen! Ich möchte glauben, fügte Herr v. Marschall dieser feierlichen Betheuerung hinzu, wenn wir in dieser gegenseitigen Achtung zusammen diskutiren, daß dann Manches im deutschen Lande besser werden wird. Mit solchen frommen Glaubenssätzen wird man schwerlich die Cohorten jenes Triumvirats zu Paaren treiben! Was nützt nachträglich alle patriotische Entrüstung eines Freiherrn v. Stumm, nachdem er durch die unverantwortliche Kolportage unkontrolirbarer Aeußerungen des Kaisers die Situation unheilbar verschärft hat! Ultramontane Blätter machen kein Hehl daraus, daß es diese Aeußerungen sind, angesichts deren sich das Centrum von seiner Stellung nicht mehr abdrängen lassen **kann**. „Wir begnügen uns damit", schreibt die „Germania", „einfach eine Aeußerung des Kaisers zu registriren, der Kaiser werde ein Gedächtniß für die Partei haben, die hauptsächlich die Ablehnung entscheide. Das ist, wir dürfen es ohne Ueberhebung, aber auch ohne irgend welches Schuldbewußtsein sagen, das Centrum." Welchen Werth hat es ferner, daß Herr v. Stumm sein Bedauern darüber ausspricht, daß Fürst Bismarck nicht mehr am Ruder ist, wenn dieses Bedauern nicht zugleich mit dem nöthigen Nachdrucke an der Stelle zum Ausdruck gebracht wird, wo es allein eine wohlthätige Wirkung erwecken könnte. Der springende Punkt — darauf hätten Herr v. Stumm und alle anderen Wortführer der nationalen Parteien das Schwergewicht ihrer Ausführungen legen sollen — ist die dauernde Unzulänglichkeit der Regierungsweise, die seit 1890 beliebt wird und die das schmerzliche Bedauern über den Sturz des großen Kanzlers nicht verstummen läßt. Gegenüber dieser Unzulänglichkeit hat Fürst Bismarck in den letzten Jahren wiederholt die Nothwendigkeit betont, die Autorität der Volksvertretung zu wahren und zur vollen Geltung zu bringen. Auch Herr v. Bennigsen hielt es am Freitag für seine Pflicht, vor dem weiteren Niedergang des Ansehens der Parlamente zu warnen. Er nannte das Bestreben nach anderen Verfassungsformen eine sehr gefährliche Erscheinung. Denn, setzte er hinzu, „ich bin nicht allein dieser Meinung, sondern ich möchte glauben, hier im Reichstag wird man mir ohne Rücksicht auf die Parteistellung Recht geben, in Europa sind absolutistische, diktatorische Regimente nicht von Dauerhaftigkeit und Haltbarkeit. Verfassungen, in denen nicht den Volksvertretungen sehr wesentliche, weitgehende Rechte eingeräumt sind, und wo nicht diese Rechte auch ehrlich respektirt werden, sind auf die Dauer in Europa nicht möglich." Um so verkehrter ist es, daß die Regierungspolitik gerade bei der Entscheidung einer so bedeutsamen nationalen Frage wie der Verstärkung unserer Flotte den oppositionellen Parteien so reichlich Gelegenheit giebt, als Vorkämpfer des konstitutionellen Prinzips für das Recht und die Würde des Reichstags einzutreten, während es darauf ankam, das antinationale Verhalten der Reichstagsmehrheit in das rechte Licht zu stellen, um die Möglichkeit zu schaffen, mit einem neuen Reichstage das durchzuziehen, was im nationalen Interesse für eine Nothwendigkeit erkannt worden ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. März.

* Berlin. Bei der heutigen Galatafel im Königlichen Schlosse brachte der Kaiser einen Trinkspruch aus, worin er bemerkte, es gehe heute ein tiefes Empfinden durch das deutsche Volk, und die Fürsten hätten sich zusammengefunden, um das Andenken des großen verewigten Kaisers zu feiern. Er spreche den versammelten Fürsten tiefgefühlten, innigsten Dank aus, desgleichen allen Vertretern der fremden Souveräne, die theilnehmen wollten an der Feier, um dadurch zu beweisen, daß Europas Fürsten und Völker ein gemeinsames großes Familienband umschließe. Es sei nicht seines Amtes, seinen Großvater zu feiern, aber sein Geist schreite wohl heute durch sein Volk hindurch. Wir denken seiner Demuth, seiner schlichten Einfachheit und Pflichttreue, als des Sohnes der herrlichen, löblichen Königin, der gesagt, daß er mehr durch Demüthigung, als durch Erfolge gelernt habe. Für uns aber, des hohen Fürsten Verwandten, soll das Andenken ein erneuter Ansporn sein, für unsere Völker zu leben und zu arbeiten. Für die Ziele der fortschreitenden Kultur, zur Erhaltung des Friedens, der Freundschaft und Waffenbrüderschaft wollen wir die Gläser erheben mit dem Rufe: Das deutsche Volk, Vaterland und die Fürsten Hurrah!

* Berlin. Die Illumination war besonders herrlich Unter den Linden. Die Nationalgalerie erstrahlte in rothem und grünem Lichte mit Pechfackeln. Das Finanz- und das Kultusministerium, sowie die Botschaften waren mit elektrischen, lichterreichen Landeswappen und Emblemen versehen. Am Brandenburger Thor war die Quadriga und der Goldfries durch Scheinwerfer erleuchtet, dahinter erstrahlten die Kuppel des Reichstagsgebäudes in feenhaftem Goldglanz und die Portale in rothem Lichte. Die Elektrizitäts-Gesellschaft am Schiffbauerdamm hatte ein mächtiges Flammengerüst am Wasser errichtet. In der Stadt waren ungemein wirkungsvoll die Börse und die größeren Banken. Der Petrikirchthurm erglänzte in vierfarbigem Lichte. Hunderttausende durchwogten die Linden. Die kaiserlichen Prinzen und die kleine Prinzessin durchfuhren halb 8 Uhr in offenem Wagen die Stadt, was zu begeisterten Kundgebungen Anlaß bot.

* Wien. Bei der heutigen Stichwahl der Innenstadt wurden gewählt die drei Liberalen Kopp, Noske und Wrabek und der Sozialpolitiker Kronawetter. In der Leopoldstadt wurde der Liberale Kareis gewählt.

Berlin. Aus fast allen Städten des Reichs, aus allen Himmelsrichtungen laufen Telegramme ein, welche über festliche Veranstaltungen von Behörden, Vereinen 2c. berichten, so aus Dresden, München, Stuttgart, Hamburg, Lübeck, Straßburg 2c. In Lübeck, Dortmund und Striegau fand unter großen Feierlichkeiten die Enthüllung von Kaiser Wilhelm-Denkmälern statt. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht anläßlich der Hundertjahrfeier zahlreiche Auszeichnungen und Gnadenbeweise. Es erhielten: das Großkreuz des Luisenordens die Großherzogin von Baden, den Wilhelmsorden Staatssekretär Dr. v. Bötticher, Kaufmann Richard v. Hardt-Berlin, Prediger Hüller-Berlin, Staatssekretär Dr. v. Stephan und Diakonissin v. Thiele-Windler in Gadderbaum-Bielefeld. Prof. Oncken-Gießen erhielt das Kreuz der Komthure des Hausordens v. Hohenzollern. Die Grafenwürde erhielt Rittergutsbesitzer v. d. Osten auf Groß-Jannewitz (Lauenburg), den Adel der Generaldirektor der Eisenhüttenwerke Schlittgen, den Charakter als Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädikat „Excellenz" Prof. v. Esmarch-Kiel. Der General der Infanterie z. D. v. Blum ist zum Chef des Infanterieregiments „Graf Herbert von Bittenfeld" ernannt. Den Charakter als General der Infanterie erhielten: General z. D. Bartenwerffer, v. Lettow-Vorbeck, Maten, v. Massow, Stockmarr, Kühne; den Charakter als General der Kavalerie: Generallieutenant z. D. v. Albedyll-Sartrott; den Charakter als General der Artillerie General z. D. v. Alten. Das Kreuz der Komthure des Hausordens der Hohenzollern erhielt der Schöpfer des Nationaldenkmals Prof. Begas. Befördert sind Viceadmiral Koester zum Admiral, Kapitän z. S. Büchsel zum überzähligen Kontreadmiral.

Berlin. Se. Majestät der König von Sachsen empfing heute Nachmittag vor der Galatafel im Königl. Schlosse den Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Der Großherzog von Baden stattete gestern dem Reichskanzler einen Besuch ab, heute der Prinzregent von Bayern und der Großherzog von Sachsen. — Auch in Altona und Weißenfels fand die Grundsteinlegung von Kaiser Wilhelm-Denkmälern statt. In Altona that Generaloberst Graf Waldersee den ersten Hammerschlag.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" meldet: Die vor Kreta kommandirten Offiziere der Großmächte haben beschlossen, die Insel Kreta vom 21. März 8 Uhr Vormittags ab zu blockiren. Die Blockade soll allgemein sein für alle Schiffe unter griechischer Flagge. Schiffe der sechs Großmächte und neutraler Mächte dürfen nach den durch die Mächte besetzten Häfen kommen und ihre Ladung löschen, wenn sie weder für die griechischen Truppen, noch für das Innere der Insel bestimmt ist. Diese Schiffe können durch Kriegsschiffe der internationalen Flotten untersucht werden.

Berlin. Die „Post" schreibt: Die nächsten Tage werden zweifelsohne nicht ohne Ueberraschungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vorübergehen. Es scheint, daß eine Einigung über die zunächst Griechenland gegenüber zu ergreifenden Schritte zwischen den Großmächten nicht erzielt werden wird. Das Deutsche Reich hat keinerlei Veranlassung einzugreifen, wenn die Bemühungen, den Frieden zu erhalten, bei den übrigen weit mehr als es selbst interessirten Mächten keine Unterstützung finden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß, wenn nicht noch in allerletzter Stunde eine Aenderung in der Haltung des europäischen Concerts eintritt, die deutsche Regierung sich von weiteren Schritten im Orient wenigstens vor der Hand zurückzieht.

Köln. Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris, daß, nachdem bis vor drei Tagen allmählich eine Klärung der Lage eingetreten ist und namentlich seit der Abstimmung in der französischen Kammer bei der festen Haltung des französischen Kabinets der Augenblick zu nahen scheint, wo auch England den Zwangsschritten gegen Griechenland bis zur Blockade Volos und des Piräus beitreten werde. Gutem Vernehmen nach sei eine Einigung ferner als je. England soll scheinbar seit dem vorgestrigen Kabinetsrath seine Betheiligung an der Blockade griechischer Häfen nunmehr ablehnen. Dagegen wird in bestunterrichteten Kreisen von einem neuen englischen Vorschlage zur Abwehr der Gefahren eines Zusammenstoßes an der türkisch-griechischen Grenze geredet. Außerdem laufe der Plan dahin, die Mächte sollten Griechenland und die Türkei auffordern, ihre Truppen je 50 Kilometer von der Grenze abzuziehen. Sollte Griechenland sich weigern, so würde England zur Blockade von Volos schreiten. Was die Türkei anlange, so sollen hauptsächlich Rußland und Oesterreich ihren Einfluß geltend machen. Im Falle des Widerstrebens der Türkei wäre England zu allen Zwangsmaßregeln gegen die Pforte zu haben. Die „Köln. Ztg." fügt dieser Meldung hinzu, falls diese aus unanfechtbarer Quelle stammende Angabe richtig sei, würde das europäische Concert im höchsten Grade gefährdet sein. In hohen diplomatischen Kreisen nimmt man an, daß der Verfall des Concerts theilweise bevorstehe.

München. Die Verordnung über Anlegung der Reichskokarde ruft in allen nationalen Kreisen hohe Befriedigung hervor. Wie verlautet, wäre die Initiative dazu vom König von Sachsen ausgegangen.

Königsberg. Magistrat und Stadtverordnete haben heute anläßlich der Hundertjahrfeier 100,000 Mk. als Grundstock für eine Kaiser Wilhelmstiftung bereitgestellt, deren Zweck die Errichtung einer Heimstätte für Genesende ohne Unterschied des Berufs oder der Religion sein soll.

Wien. Die „N. Fr. Pr." erklärt die Meldung, der griechische Minister des Auswärtigen und der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Athen seien übereingekommen, Untersuchung über den Fall des österreich-ungarischen Kriegsschiffs „Sebenico" abzuwarten, für unwahr, da der österreichisch-ungarische Geschäftsträger seit mehreren Tagen außer Verkehr mit dem Ministerium des Aeußeren in Athen sei.

Rom. Anläßlich der Wahlen kam es mehrfach zu blutigen Zusammenstößen. In Palermo wurde ein Wähler erschossen, in Catania mußte wiederholt Militär gegen die Menge vorgehen, wobei Revolverschüsse fielen und Viele im Gedränge verletzt wurden.

Bern. Im Nationalrath brachte Balbinger einen Antrag ein, in welchem der Bundesrath aufgefordert wird, die Frage zu prüfen, ob nicht zur Verhütung von Verkehrsstörungen ein Gesetz gegen Arbeitsstörungen des Eisenbahnpersonals zu erlassen sei.

Suda. Die Insurgenten griffen Nachts abermals das Fort Malaxa an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Ein türkisches Kriegsschiff griff von hier aus mit seinen Geschützen in den Kampf ein. — Die Schiffe vor Kanea haben des Orkans wegen Mühe, sich auf der Rhede zu erhalten.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste — für Wäsche und Haushalt